

**ELMAU-G7-SPECIAL**

# DIE GAZETTE

DAS POLITISCHE KULTURMAGAZIN

NUMMER 46 / SOMMER 2015



BANKEN UND FINANZEN:

## **Der Tanz ums Goldene Kalb**

DIE GELDORDNUNG:

### **Die Ursache der Finanzkrisen**

*Joseph Huber*

DAS INTERVIEW:

### **Über den Gehorsam**

*Konstantin Wecker*

DAS PLÄDOYER:

### **Europa hat Zukunft**

*Robert Menasse*

DIE FOTOSTRECKE:

### **Die Bildsprache der Banken**

*Helga Schön*

D, A: 9 Euro, CH: 14 Franken



„Die UBS hat über 5 Milliarden Franken für Bußen bezahlt“. Das war die Headline der drittgrößten Tageszeitung der Schweiz, der AZ, vor ein paar Tagen. Und sie ergänzte im Untertitel: Die Großbank kam seit 2006 mehr als 20-mal an die Kasse.“ Das allerdings scheint am Selbstbewusstsein dieser Großbank nicht zu kratzen. Kein Bank-Manager sitzt der üblen Machenschaften wegen im Knast, man hat sich ja – nach US-amerikanischem Rechtsverständnis – „freigekauft“. Und man macht wieder Milliardengewinne. Und die Manager erhalten, wie schon vor der Finanzkrise von 2008, ihre Boni – und wieder in Millionenhöhe. All das, notabene, obwohl die UBS 2008 vor der Pleite und dem definitiven Untergang gerettet werden musste: Am 16. Oktober 2015 sprachen Bund und Nationalbank der Schweiz der UBS in einer Nacht und Nebel-Aktion 60 Milliarden US-Dollar zu – im Interesse der Schweiz, wie gesagt wurde.



Für uns von der GAZETTE ist das ein guter Grund, wieder einmal den Blick auf die Finanzwelt zu lenken. Zum Beispiel die Frage aufzuwerfen, warum das Recht auf Geldschöpfung – entgegen der ursprünglichen Idee – nicht mehr beim Staat, bei den Zentralbanken, liegt, sondern – de facto – bei den Geschäftsbanken. Oder warum die Kapitaltransaktionssteuer, die Tobin Tax, immer noch nicht eingeführt ist, obwohl die Mehrheit der EU-Staaten dies möchten.

Der Blick auf Europa war schon immer ein GAZETTE-Thema, diesmal, und nicht zum ersten Mal, aus dem berufenen Mund von Robert Menasse – GAZETTE-exklusiv. Aber auch England, oder genauer: dem Vereinigten Königreich, Ungarn und Bulgarien und der arabischen Welt gilt unser Interesse. Und wie immer haben wir auch die Lebenslust nicht vergessen ...

Aber noch etwas: Die GAZETTE ist bekanntlich für Leute, die noch lesen können. Für all jene unter Ihnen, geschätzte Leserinnen und Leser, die zwar gerne lesen, aber auch ein Sensorium für die nonverbale Kommunikation haben, gibt's ein Fotofeature aus dem gläsernen Frankfurt. Mit wenig Transparenz, aber mit vielen Spiegelungen.

*Christian Müller*  
*Chefredakteur*

STEUERN

## Asyl für Tobin

„Sollte man Spekulanten mit einer Abschreckungssteuer aus den Finanzmärkten zwingen? Die Aufsichtsbeamten der Londoner City, einem der zwei Finanzpole der Welt, wollen das. Andere europäische Regierungen wollen das auch. Und recht haben sie!“ Geschrieben hat das vor knapp sechs Jahren Paul Krugman, Kolumnist bei der New York Times. Und jetzt? Hat die Finanztransaktions-Steuer in der Eurogruppe eine Chance? Die Briten sperren sich.

*Von Harry U. Elhardt*

Paul Krugman war 2008 Laureat des von Schwedens Reichsbank gestifteten Alfred-Nobel-Gedächtnispreises, und was er 2009 in der New York Times schrieb, hat er in den nachfolgenden Jahren bis heute geduldig wiederholt, mit didaktischem Geschick präzisiert und, wenn nötig, pointiert. Schon deshalb, weil das, was er als richtig erkannte, nie aufgehört hat, gültig zu sein. Dazu gehört die Erkenntnis, dass „gesellschaftlich unsinnige und extrem schädliche“ Aktivitäten (so der ehemalige britische Premier Gordon Brown) wie die der Hedgefonds-Zocker, im Keim erstickt werden müssen.

Bei den der Habgier Verhafteten gelingt so etwas am besten, indem man das, was sie tun, kostspielig macht – und zwar für sie selbst, ohne die Möglichkeit, die Kosten an Dritte weiter zu reichen. Durch Steuern also. Denn da ist es wie mit dem Tod: Man kann keinen Stellvertreter schicken.

### **Sandkörnchen in der Spekulations-Maschine**

Was Paul Krugman 2009 so emphatisch unterstützte, war eine Finanztransaktionssteuer, wie sie von den eingangs erwähnten britischen Top-Regulatoren Gordon Brown und Adair Turner, dem Chef der Londoner Finanzaufsichtsbehörde (FSA, Financial Services Authority) dem G20-Gipfel in London im August 2009 als Vorschlag unterbreitet wurde.

Brown und Turner planten, eine ureigene britische Idee umzusetzen, 1936 schon vorgedacht von John Maynard Keynes, gewissermaßen dem

Abraham im Volk der Nationalökonomie-Gelehrten: eine Steuer auf Börsentransaktionen. Allerdings wollte Keynes diese Steuer nur an der Wall Street implementiert sehen, nicht aber in London.

James Tobin, der als Berater im Federal Reserve Board arbeitete und in Harvard sowie Yale lehrte, errechnete schließlich in einem recht konkreten Modell Jahre später, wie und wo man was besteuern sollte. Die nach ihm benannte Finanztransaktionssteuer war entstanden. Und die sollte nicht nur an der Wall Street in Manhattan zum Einsatz kommen, sondern an allen bedeutenden Transaktionsplätzen der Welt – zunächst nur bei Währungsgeschäften.

Im Lauf der Zeit kristallisierte sich zumindest in Modellrechnungen die Nützlichkeit einer solchen Steuer bei allen Finanztransaktionen heraus. Mit ihr könnte man nicht nur in einem damals regulierten Finanzmarkt spekulative Geschäfte weitgehend eindämmen, man würde damit auch eine staatliche Einkommensquelle erschließen. Tobin sah vor, 0,5 Prozent des Volumens einer Transaktion zu besteuern. Er selbst bezeichnete die Größenordnung „trivial,“ aber dennoch wirkten diese minimalen „Belastungen“ wie „Sandkörnchen in der geölten Maschinerie der Spekulation“.

Nicht nur Brown-Turner und Paul Krugman erkannten in der Finanztransaktionssteuer, der Tobin-Steuer, ein adäquates Mittel gegen die Spekulanten. Angela Merkel gelangte zur selben Erkenntnis: „Mit minimalem Aufwand kann tatsächlich viel von dem sozial und auch gesamtwirtschaftlich nutzlosen Treiben der hyperaktiven Finanzmärkte eingedämmt werden. Gleichzeitig könnte eine Finanztransaktionssteuer Einkommen

generieren, das beim Abbau von Haushaltsdefiziten willkommen wäre.“ Was ist daran auszusetzen?

Der – wieder einmal – als erster von der Finanzkrise gebeutelte homo americanus kam nach leidvoller Erfahrung zu der Überzeugung, dass man die „Habgier und die Gewissenlosigkeit der Wall Street“ an die Kette legen müsse. Die Tobin-Steuer begrüßten 81 Prozent der 2009 Befragten. Krugman, der aus seinem Herzen in dieser Angelegenheit keine Mördergrube machte, schrieb in einem Kommentar vom 11. Mai 2015 gar von den „Vampiren“ der Wall Street.

Timothy Geithner, Chef der Finanzen unter Obama und im wirklichen Leben Schutzpatron der „Vampire“, hatte den Brown-Turner Vorschlag einer Tobin tax in London im August 2009 vehement zurückgewiesen.

Brown-Turner hatten Tobin ins Spiel gebracht vor dem Hintergrund der durch die subprime-Exzesse am amerikanischen Finanzmarkt ausgelösten Katastrophe, die sich als schlimmste seit der Weltwirtschaftskrise vor mehr als 80 Jahren erweisen sollte.

### **Das Motto ist geblieben: Geld machen, egal wie**

Zwischen der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre und der anfangs als subprime-Krise bezeichneten unserer Tage gibt es Parallelen. In der Zeit vor dem Wall Street-Crash von 1929 und der nachfolgenden Weltwirtschaftskrise boomte ein weitgehend deregulierter und kaum kontrollierter Finanzmarkt, in dem der Wert eines Menschen in Dollars und Cents gemessen wurde. Nur eines galt: Geld machen, egal wie.

Ähnlich der Schlachtruf 80 Jahre später: Greed is good oder Gier ist geil. Das ist das Credo der flash boys in der London City und der Manhattan Hochfrequenz-Händler unserer Tage. Auch sie toben in einem deregulierten und unkontrollierten Markt. Wieder.

Als subprime – ein sprachlicher Marker dafür, dass man es mit Finanzhaien zu tun hat – werden euphemistisch Kreditzinsen bezeichnet, die außerhalb von Primarraten angesiedelt sind. Im Klartext: Es handelt sich um deutlich überteuerte Zinsen, um Wucherzinsen, die man Desperados abpresst,

die aus vielfältigen Gründen anders keinen Kredit bekämen.

In einem regulierten Finanzmarkt unter effektiver Aufsicht beurteilte man eine Kreditvergabepraxis dieser Art als gewissenlos und verurteilte sie als kriminellen Tatbestand.

Nur: In den Vereinigten Staaten hob man ab, trunken vor Raffgier und sehenden Auges blind. Mit den teuren Krediten wurden in der Folgezeit noch teurere Anschaffungen wie Einfamilienhäuser, edle Limousinen, Segelboote etc. getätigt, Geschäftsexistenzen gegründet oder Hochschulstudien finanziert. Oft genug wurden als ‘Sicherheit’ Rentenpapiere, Lebensversicherungen, Aktien, Anleihen von Familien und Freunden ‘verpfändet,’ die dann von den Geldverleihern ohne Wissen der Betroffenen als Spekulationsobjekte missbraucht wurden. Pump hat Pump finanziert und refinanziert, bis der subprime-Schwindel erkannt wurde als das, was er dann auch war: Ein eigentlich illegales Schneeballsystem nicht bedienbarer Kredite.

Aber am Ende gab es auch Institutionen, die Außenstände tilgen mussten. Dafür brauchten die Institutionen Geld, echtes Geld, keine wertlosen Papiere. Und wenn echtes Geld nicht mehr zu holen war, krallten sie sich reale Werte durch Zwangsversteigerungen. Und das Gesetz war – wer könnte daran Zweifel haben – auf ihrer Seite.

Mit den ersten Zahlungsaufforderungen zur Schuldentilgung setzte sich schließlich eine Insolvenzlawine in Bewegung, die dann so ziemlich alles platt walzte, von den armen Schluckern bis hin zu Investmentfonds und Großbanken. Der bis zu jenem Zeitpunkt allzu bereitwillig geglaubte Spruch „too big to fail“ (zu groß – vulgo: systemrelevant – als dass man sie scheitern lassen darf) wurde beim Anblick der zusammenbrechenden Sparkassen und Hypothekenbanken Fanny Mae und Freddie Mac oder des Traditionshauses Lehman Brothers nicht einmal mehr als schlechter Scherz wahrgenommen.

Millionen Menschen waren plötzlich überschuldet und ohne Hoffnung, jemals aus den Schulden rauszukommen, weil die Finanzkrise auch millionenfach Arbeitsplätze vernichtete und Einkommensquellen austrocknete. Eigentum unter dem Hammer, Menschen in Mittellosigkeit

und Obdachlosigkeit – das erinnerte an die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, die man ja nur aus Filmen und Dokumentationen kannte.

Trotzdem hat der Börsenkrach von 1929 im historischen Erinnern der Welt seinen festen Platz, ebenso die fatalen Folgen der Weltwirtschaftskrise. Man weiß aus der Geschichte, dass es einige Zeit dauerte, bis die Wirtschaft wieder saniert, die Menschen wieder in Lohn und Brot waren und ein Leben in Würde führen konnten.

### **Clinton ließ die Hunde wieder von der Kette**

Dass dies gelang, ist zwei Grundsatzentscheidungen zu danken, die es durchaus wert sind, wieder in Erwägung gezogen zu werden.

Zum einen wurden gigantische Geldmittel bereit gestellt, um gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Projekte zu finanzieren, wie den Ausbau der nationalen Infrastruktur, die Ankurbelung der Industrieproduktion und die Erschließung neuer Energiequellen. Die Folge: Es wurden Millionen Arbeitsplätze geschaffen, aus denen der Staat Lohn- und Einkommenssteuer bezog und damit weitere gesellschaftlich sinnvolle Projekte auf den Weg bringen konnte.

Offensichtlich ist hier die Rede vom New Deal, der durch deficit spending – also: schuldenfinanziert – möglich wurde. Angesichts der wirtschaftlichen Schief lagen in einigen Mitgliedsländern der EU im Jahre 2015 ist eine Forderung nach einem New Deal für die Europäische Union durchaus nachvollziehbar.

Ein anderer ‘chirurgischer’ Eingriff aus den Dreißigerjahren mit Modellcharakter ist das von Roosevelt unterzeichnete Gesetz zur Finanzmarktregulierung. Dieses im Juni 1933 vom 32. Präsident der USA unterzeichnete Gesetz schrieb eine strikte Regulierung der Finanzmärkte bei scharfer Trennung zwischen dem Einlagen- und Kreditgeschäft einerseits und dem Wertpapiergeschäft andererseits zwingend vor. Das Gesetz wurde nach seinen ‘Sponsoren’ im Kongress als Glass-Steagall-Act benannt.

Die Trennung zwischen commercial banking und investment banking unter strikter Regulierung und Aufsicht galt bis 1999. Aber im vorletz-

ten Jahr seiner Amtszeit als Präsident zeigte sich Bill Clinton seinen Gönnern von der Wall Street erkenntlich und liquidierte die Roosevelt’sche Finanzmarktregulierung.

Angeführt von Citibank und deren CEO, Sandy Weill („the banker who bought himself a President“, Softpanorama, 2012), hatten die Großbanken der USA nach Jahren intensiver Lobbyarbeit ihr Ziel erreicht. Ab 1999 galt wieder Deregulierung wie in den Zwanzigern. Finanzinstitute jedweder Provenienz konnten wieder machen, was sie wollten, was sie auch taten, ebenso wie ihre Vorgänger in den Zwanzigern – mit dem bekannten Effekt.

Das Perfide an der dadurch losgetretenen Katastrophe war dann noch der Umstand, dass man die Verursacher nicht fassen konnte. Die Finanzinstitutionen selbst waren zu Chimären geworden, teils Bank, teils Hedgefonds, teils Versicherung, teils Geldverleiher und so weiter. Keine der bestehenden Regulierungen konnte den komplex gewordenen Finanzmarkt so in seiner Komplexität reduzieren, dass man seine Komponenten abspalten und einer ‘Sonderbehandlung’ unterziehen konnte.

Und trotz des nicht zu übersehenden volkswirtschaftlichen Trümmerfelds, das ihre Aktionen letztlich verursachten, zeigten weder Clinton noch Phil Gramm, der Kongressabgeordnete, der die Roosevelt’sche Gesetzgebung in Senat und Repräsentantenhaus unter die legislative Guillotine geleitete, oder Robert Rubin, Clintons Finanzminister und de facto Lakai für Citibank, Goldman Sachs, Morgan Stanley, JP Morgan, Bank of America, auch nur eine Spur von Bedauern, Betroffenheit oder etwa Empathie mit den Opfern.

Au contraire: Man tat nach Ansicht des ehemaligen Insiders und Hedgefondsmanagers aus New York, James Rickards, genau das, was schon Josef Goebbels als verlässlich und wirkungsvoll erkannte: Wenn die Lüge nur groß genug ist, wird sie von der Masse umso begieriger geglaubt.

Und so negierten Clinton und die Banken CEOs sowie Rubin, sein ehemaliger Finanzminister, und Lawrence Summers, sein Finanzberater, beharrlich jedweden Zusammenhang zwischen der Abschaffung der Roosevelt’schen Bankenregulierung im Jahre 1999 und der Finanzkrise von 2008.

Und fast alle Medien spielten mit. Und kaum jemand nahm Anstoß an Rubins Wechsel an die Spitze von Citibank. Nur einer konnte diese Charade nicht mehr mitmachen: Sandy Weill. In einem CNBC-Interview von 2012 sagte er: „Wir hatten bis 1999 mehr als ein halbes Jahrhundert lang einen krisenfreien Finanzsektor durch Glass-Steagall. Wir sollten ihn dringend wieder zurück bringen.“ Zu dieser Größe der Einsicht waren die anderen genannten Personen nachweislich unfähig.

Festhalten sollte man an dieser Stelle, dass die zuständigen Minister – Henry Paulson und Timothy Geithner – geradezu großherzig den Geschäftsbanken, Investmentunternehmen, Kredit- und Hypothekenbanken weiteres Ungemach ersparten, indem sie den amerikanischen Steuerzahler zur Schuldendeckung heranzogen. Deficit spending wie im New Deal? Man ist ja manchmal richtig naiv. Offenbar hatte das Wohlergehen der Banken Priorität. Ähnlichkeiten mit Großbritannien und Europa sind keineswegs rein zufällig.

Aber festhalten sollte man auch, dass am Ende Präsident Obama die ursächliche Verantwortlichkeit in der Finanzkrise in der Abschaffung der Roosevelt'schen Bankenregulierung doch noch erkannte, wie er dem Wall Street Journal mitteilte. Nach dem Londoner Gipfel.

### **Europas Ansatz wird torpediert**

Diesseits des Atlantik hat man alle tapferen Versuche, die Tobin-Steuer zu reaktivieren und zu einem gesamteuropäischen Ansatz einer Finanzmarktregulierung zu kommen, diskreditiert, torpediert, unterminiert und ihnen mehrmals offenen Kampf angesagt. Die Attacken kamen ausnahmslos aus der City und Whitehall; die flankierende Schützenhilfe hauptsächlich – aber nicht nur – von Wall Street und von der 15. Straße Ecke Hamilton Place, dem Amtssitz des Finanzministers in Washington D.C.

Offensichtlicher geht's kaum: Man will keine Regulierung, man scheut die Aufsicht und man braucht beim Geschäftemachen keine Zuschauer. Tobin ist dort unerwünscht, verfolgt und auf der Flucht. In Europa wäre Tobin willkommen.

Nachdem Obamas Finanzchef Geithner die Tobin-Steuer im August 2009 schroff zurück-

wies, hatte in der Europäischen Union für eine kleine Weile eine Sammlungsbewegung der Willigen unter Führung Deutschlands, Frankreichs und dem damaligen Chef der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker, einen bis heute anhaltenden 'Jakobsweg' eingeschlagen mit dem Ziel, Tobin in Europa „Niederlassungsrecht“ zu gewähren.

Und am Anfang war das nicht einmal auf die Eurozone begrenzt, denn zwischen August 2009 und Mai 2010 zogen in der Tat die Länder der Eurozone mit Gordon Brown an einem Strang. Obwohl Großbritannien kein Mitglied der Eurogruppe war und ist. Dessen ungeachtet wollte man das „gesellschaftlich Unsinnige und Schädliche“ (Gordon Brown) auf den Finanzmärkten durch steuerliches 'Absaugen' allmählich trocken legen.

Aber nach dem Mai 2010 kamen andere Kräfte zum Zuge (Krugman: „the vampires are fighting back“). In Großbritannien verschwanden Gordon Brown und Adair Turner und mit ihnen auch die Finanzaufsichtsbehörde (FSA, Financial Services Authority). Brown wurde durch Cameron ersetzt, weil der Wähler so entschied, und Turner verlor seinen Job, weil die Neuen in Downing Street 10 und 11, Cameron und sein Schatzkanzler George Osborne, die Finanzaufsichtsbehörde per Dekret auflösten.

### **Europäischer Kompromiss? Nein danke, sagt Cameron**

Seit nunmehr fünf Jahren geben Cameron und Osborne Ton und Takt an. Der Ton gegenüber der Europäischen Union, ihren Institutionen und Protagonisten wurde zunehmend schärfer, der Takt fordernder. Mit dem Wahlausgang vom 7. Mai kam 'vigoroso' hinzu.

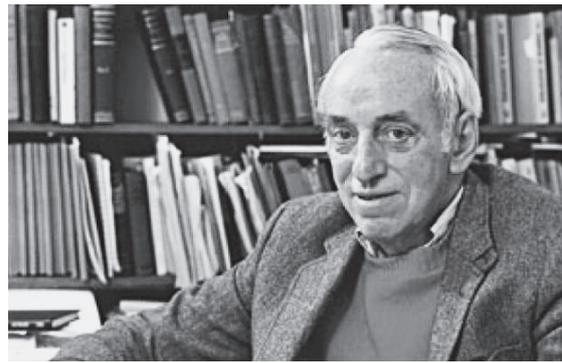
Europäern bestens bekannt und allgegenwärtig: Dissens, der sowohl grundsätzlicher Natur sein kann, als auch aus taktischen Gründen oder als bargaining chip gezielt in Ausschüssen und Plenarsitzungen des Europaparlaments, in der Kommission sowie in den Treffen der Fachminister und Regierungschefs im Rat gepflegt wird. In den meisten Fällen steht am Ende doch ein Kompromiss. Selbst bei Grundsatzfragen konnte Europa sich so gut wie immer auf seine Kompromissfähigkeit verlassen.

Dies ist anders geworden. Von der Cameron-Camarilla kommen vermehrt Maximalforderungen, die, hier und da diplomatisch verpackt, dennoch nicht zur Diskussion stehen. Jüngstes Beispiel: Von der Regierung Cameron stammt die Formulierung, Großbritannien freue sich auf seine Mitgliedschaft in einer reformierten Europäischen Union. Medien kolportieren dies unbegreiflicherweise als Kompromißangebot Camerons. Es scheint, als ob man das bedeutungstransportierende Adjektiv, 'reformiert', weder hört noch versteht.

Was aber bedeutet eine 'reformierte' EU? In aller Kürze: Bestehende Gesetze der EU, die in den Augen der Whitehall-Einwohner als geschäftshemmend oder souveränitätsmindernd wahrgenommen werden, müssen zurückgenommen werden; neue Maßnahmen, die ähnliche Auswirkungen hätten, dürfen nicht ergriffen werden.

Darunter fallen all jene Artikel der europäischen Verträge sowie daraus resultierende Gesetze, die das Wesen der Europäischen Union ausmachen, darunter unter anderem auch die individuelle Freizügigkeit (freedom of movement), ein Lieblingsobjekt für Camerons wiederholt rüdes Tackling, das ihm schon mal die gelbe Karte von der Kanzlerin eingebracht hat. Davon kann man getrost ausgehen: Großbritannien hat großes Interesse an einem ungehinderten Zugang zu einem Markt von 500 Millionen Konsumenten. Mehr aber nicht.

Keiner in London verschleiert dies, keiner hält mit der wahren Intention hinterm Berg. Cameron selbst machte dies bei jedem Gipfel in Brüssel klar, und wer es schriftlich haben möchte, kann sich beim CBI (Confederation of British Industries) einlesen. Dort hat man die britische Position in Sachen EU-Mitgliedschaft unmittelbar nach der Wahl justament so dargestellt: „Jetzt, da ein Referendum wahrscheinlich wird, will die Industrie einen ehrgeizigen Reformplan umgesetzt sehen, der das Vereinigte Königreich wettbewerbsfähiger und prosperierender machen wird. Die Mehrheit (unserer Mitglieder) wollen in einer reformierten Europäischen Union bleiben, die Zugang zum größten Markt der Welt mit 500 Millionen Konsumenten verschafft.“



*James Tobin (1918 – 2002)*

Die grundsätzliche Position Großbritanniens gegen auch nur den Hauch einer Finanzmarktregulierung ist durch das Verfahren C 209/13, vom 18. April 2013, beim obersten europäischen Gericht (EuGH) in Luxemburg aktenkundig und zur Einsicht niedergelegt. Selbstverständlich auch im Internet. Im genannten Verfahren ging es natürlich um das Herzstück der britischen Nationalökonomie, den Finanz- und Bankensektor.

Die Europäer hatten in Gestalt des Rates der Europäischen Union, der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments, sowie Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Österreichs und Portugals den zugegebenermaßen tapferen – weil alle anderen ziemlich abseits standen – Versuch unternommen, Tobin doch noch nach Europa zu holen: Sie wollten eine Finanztransaktionsteuer per Gesetz etablieren, gegen die sich Großbritannien wütend zur Wehr setzte. Aber am 30. April 2014 entschieden die Luxemburger Richter gegen Großbritannien.

Nach der Niederlage vor Gericht und nach dem 7. Mai ist diese Erkenntnis nicht mehr zu unterdrücken: Cameron will den politischen Showdown. Sein Schatzkanzler, George Osborne, äußerte denn auch unmittelbar nach der Wahl die grundsätzliche Forderung der Cameron-Regierung an die Europäer, die man getrost so zusammenfassen kann: Hände weg von der City! Das ist er wohl, des Pudels Kern. Oder?

### **Transaktionen mit Lichtgeschwindigkeit**

DIE GAZETTE berichteten bereits darüber (Nummer 45, S. 66 ff), dass die USA im selben Jahr, als Brown-Turner beim G20-Gipfel die

Tobin-Steuer ins Spiel brachten, unter strengster Geheimhaltung mit der Errichtung der weltweit schnellsten faseroptischen Kabelverbindung begann: „Der mit seinem Tempo die menschliche Vorstellungskraft übersteigende Datenträger vernetzt ausgewählte Computer der Chicagoer Börse (CHX) an der La Salle Street beim Sears Tower mit der New Yorker Börse (NYSE) an der Wall Street, sowie der als Hi-Tech-Börse bekannten NASDAQ am Times Square in Manhattan. In der Folgezeit schaltete man die Computer der Londoner Börse (LSE) am Paternoster Square in London, gleich hinter St. Paul’s Cathedral, dazu. Bei einer Verbindungszeit, die rund 6000 Kilometer in Millisekunden im wahren Wortsinne in Lichtgeschwindigkeit überbrückt, kann man gestrost von einer Datenübermittlung in Echtzeit sprechen.“

Intiatoren und Eigentümer dieser transatlantisch vernetzten Kapitalkanäle, die diesen als high frequency trading (Hochfrequenzhandel) bekannt gewordenen neuesten Godzilla der Finanzmärkte ins Leben gerufen haben, entstiegen fast ausnahmslos der ‘Gruft’ von Goldman Sachs, um im Bild von Paul Krugmans Kommentar von den „Vampiren der Wall Street“ zu bleiben.

Wenn man nun im Lichte der amerikanischen NSA und der britischen Schwester, GCHQ (Government Communications Headquarters), von strenger Geheimhaltung hört und liest, kommt Skepsis auf, vor allem deshalb, weil die „weird sisters“ (Macbeth) für ihre Exzellenz im Anzapfen bekannt sind. Keiner fädelt sich so oft und gern in faseroptische Netze ein wie NSA und GCHQ. Und das immer im Auftrag der Regierung. Es ist daher sicherlich nicht verkehrt, wenn man den Auftraggebern in Whitehall und im Weißen Haus Wissen und Kenntnis unterstellt.

### **Gemeinsam gegen Europa**

Wie man dem Bericht der GAZETTE 45 weiter entnehmen kann, ziehen „die sogenannten high-frequency traders ihre Vorteile aus einem zeitlichen Vorsprung von Millisekunden, der aber ausreicht, um mit diesen superschnellen Computernetzen zu wetten, zu kaufen und zu verkaufen. Dass man damit Milliarden Gewinne machen

kann, hat der Daily Telegraph berichtet: rund €15 Mrd Pfund im Jahr allein für einzelne Hedgefonds-Zocker in der Londoner City.“

Diese Geschäfte sind undurchschaubar und selbstredend völlig losgelöst von jeglicher Aufsicht geschweige denn Regulierung. Aber das gehört quasi zu deren DNA. Keine Überraschung hier. Und klar sollte ebenfalls sein, dass dieses neueste Finanzmarkt-Monster sinnbildlich für die Art und Weise steht, wie man in Whitehall und im Weißen Haus gemeinsam an einem Strang zieht – gegen Europa.

### **Vergiftete Atmosphäre**

Man kann ja Truthähne verstehen, die Thanksgiving und Weihnachten am liebsten abschaffen wollten; kaum anders ist es bei Vampiren, wenn sie Kreuze, Knoblauchzehen und lange, zugespitzte Holzpflocke misstrauisch beäugen. Brüssel wird von den „Vampiren der Wall Street“ und deren Vettern in London ganz offenbar als feindseliger Ort betrachtet, wo man solche Implementarien anfertigt, denen man entweder besser aus dem Weg geht oder, noch besser, sie gar nicht erst zur Fertigung kommen lässt. Aber der wahre Feind sitzt noch ein paar Längengrade weiter östlich. In Berlin. Dort, so hat man in London und Washington inzwischen erkannt, werden tatsächlich Instrumente erzeugt, die bereits jetzt zur Anwendung kommen.

Dazu gehört, dass Deutschland als erstes Land seit dem 15. Mai 2013 ein Hochfrequenzhandelsgesetz hat, das regulierend in den Markt eingreift, ihn beaufsichtigt und auch besteuert. Und da der deutsche Markt nicht nur der größte Markt Europas ist, mit kaum zu übersehender Strahlkraft hinaus in die Welt, kann man vom deutschen Hochfrequenzhandelsgesetz messbaren Einfluss auf die Finanzmärkte erwarten. Damit nicht genug, wollen die Berliner nun auch noch die europäische Finanzaufsicht stärken. Im Vorgriff auf die nächste Runde in der Auseinandersetzung um die Tobin-Steuer unterstellten Bundesregierung und Bundestag im November 2014 die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht komplett der Europäischen Zentralbank.

Insider in Brüssel werteten das deutsche Vorgehen im Zusammenhang mit dem Luxemburger Urteil sowie mit der Initiative zur „verstärkten Zusammenarbeit“ unter dem Dach der Europäischen Union als Mobilmachungsmaßnahme in dem sich abzeichnenden Showdown mit der Cameron-Regierung.

Die Initiative ist das Ergebnis einer prinzipiellen Vereinbarung in einer Gruppe von elf Ländern unter Führung von Deutschland und Frankreich. Um die Initiative rechtlich abzusichern, hat die Gruppe formell bei der Europäischen Kommission einen Antrag nach Artikel 20 TEU (Treaty on European Union) gestellt, der eine solche außerordentliche Kooperation erlaubt. Die Elf wollen ihre Finanzdienstleistungen harmonisieren und unter eine gemeinsame Aufsicht stellen – bei gleicher und gemeinsamer Besteuerung. Selbstverständlich steht der Antrag in Verbindung mit dem Luxemburger Urteil zur Finanztransaktionssteuer-Direktive. Mit der Initiative will die Tobin-Elf sicherstellen, dass ihr Ansatz zur Finanztransaktionssteuer juristisch nicht mehr ausgeheilt werden kann.

Denn: Deutlich zu erkennen sind die fieberhaften Bemühungen der Cameron-Seilschaft, eine zweite Front innerhalb der EU aufzubauen. Tschechen und Dänen werden bereits als neue

Cameron-Alliierte gehandelt, die einen zweiten Gang Osbornes nach Luxemburg begleiten würden.

Auch das britische Mitglied in der EU-Kommission, Lord Hill, betreibt offen Lobbyismus gegen Tobin. Mitglieder des Europaparlaments bezeichneten Lord Hill bereits als den „Mann mit dem Schierlingsbecher,“ der aber nicht für den Eigengebrauch gedacht ist. Vergiftet ist die Atmosphäre ohnehin schon durch den Umstand, dass es im vergangenen November weder den Mitgliedsstaaten noch dem Europaparlament gelungen war, Hill zu verhindern. Der Mann ist heute Kommissar für Finanzdienstleistungs- und Kapitalmärkte.

Degegen stehen aber Tobin-Protagonisten wie der Franzose Pierre Moscovici, zuständig für Steuern, sowie der Chef der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker. Es wird also wieder spannend werden. Aber während in Europa für Tobin in zumindest elf EU-Staaten eine Chance der „Einbürgerung“ besteht, stehen die Signale in Großbritannien und den Vereinigten Staaten unzweideutig und auf längere Sicht auf „no go.“ Krugman schrieb im Mai dieses Jahres, dass die Vampire der Finanzen sich einen Kongress gekauft hätten. Von Europa aus betrachtet lässt sich da nur sagen: „Déjà-vu.“ 

# UNSERE SCHULE

ein unbequemer – fröhlicher Ort



50 JAHRE

**DERKSEN**  
KLEINES PRIVATES LEHRINSTITUT  
GYMNASIUM  
SEIT 1959  
SPRACHLICH • NATURWISS. • TECHNOLOG.  
STAATL. ANERKANNT • GEMEINN. GMBH

[www.derkсен-gym.de](http://www.derkсен-gym.de)

Pfingstrosenstr. 73 • 81377 München  
Telefon 089/78 07 07-0 • Telefax 089/78 07 07-10

unter den Top 20!  
  
Der Deutsche Schulpreis  
2013

- Weil wir uns verpflichten, einander zu respektieren.
- Weil gegenseitiges Vertrauen stark macht.
- Weil alle ermutigt werden, die Freiheit des Einzelnen in unserer Gemeinschaft zu schützen.
- Weil junge Menschen sich selbst entdecken, ihre Gaben und Fähigkeiten entfalten.
- Weil wir den Widerspruch erwarten.
- Weil alle ermutigt werden, Bindungen einzugehen und Verpflichtungen wahrzunehmen.
- Weil uns Fehler helfen, Stärken weiterzuentwickeln.
- Weil wir im Interesse unserer Schüler auch dem Missbrauch von Macht und Einfluss entgegenreten.
- Weil wir den Mut haben, miteinander fröhlich zu sein.

**INTENSIVE BERATUNG UND VORBEREITUNG auf den Übertritt ins Gymnasium. Langjährige und gute Erfahrung mit Ein- und Umschulungen.**